
5228/AB XXIV. GP

Eingelangt am 08.07.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bundeskanzler

Anfragebeantwortung

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.110/0110-I/4/2010

Wien, am 8. Juli 2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Stefan, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. Mai 2010 unter der **Nr. 5323/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Erfassung von WLAN-Netzen durch Google Street View“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 19:

- *Wird derzeit innerhalb der EU ein solches „Terrorist Finance Tracking Programm“ geplant?*
- *Wird derzeit innerhalb der EU über ein solches „Terrorist Finance Tracking Programm“ verhandelt?*
- *Werden sie sich für die Entwicklung eines solchen Innereuropäischen Programms einsetzen?*
- *Welche EU-Staaten würden bei einem solchen Programm beteiligt werden.*
- *Sollten auch Nicht-EU-Staaten beteiligt werden?*
- *Wie sollte ein solches Programm funktionieren?*
- *Wer wäre für die Konzeption eines solchen Programms zuständig?*
- *Wer wäre für die Umsetzung eines solchen Programms zuständig?*
- *Wer wäre für die Durchführung eines solchen Programms zuständig?*
- *Wer würde die Garantie für den Schutz der Daten übernehmen?*
- *Welche Zielgruppen sollten durch dieses Programm erfasst werden?*

- *In welchem Umfang würden Daten erfasst werden?*
- *Würden die erfassten Daten wieder gelöscht werden?*
- *Nach welcher Zeit würden die Daten wieder gelöscht werden?*
- *Müssten für die Einführung dieses Programms die Datenschutzgesetze der EU-Staaten harmonisiert werden?*
- *Wie sollte in diesem Fall ein gemeinsames Datenschutzgesetz aussehen?*
- *Können sie dafür garantieren, dass in diesem Fall das österreichische Datenschutzgesetz nicht abgeschwächt würde?*
- *Würde die Datenschutzkommission in die Planung eingebunden?*
- *Werden sie sich dafür einsetzen, dass die Verhandlungen mit den USA über das Swift-Abkommen abgebrochen werden?*

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5322/J durch die Frau Bundesministerin für Inneres.

Mit freundlichen Grüßen